



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/7381

Antrag

der Fraktion der SPD

Führerscheinerwerb bezahlbar machen – Kosten senken, Verkehrssicherheit sichern

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die hohen und in den vergangenen Jahren deutlich gestiegenen Kosten des Führerscheinerwerbs für viele Menschen eine erhebliche finanzielle Hürde darstellen. Gleichwohl darf es im Rahmen der geplanten Reform der Fahrschulausbildung nicht zu Einschnitten bei der Qualität der Ausbildung oder der Verkehrssicherheit kommen.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich im Bundesrat dafür einzusetzen,

1. die Kosten des Führerscheinerwerbs durch eine verbindliche, online nachzuvollziehende Preis- und Erfolgstransparenz der Fahrschulen zu begrenzen. Fahrschülerinnen und Fahrschüler müssen die Preise, Kostenbestandteile und Bestehensquoten der Fahrschulen einfach vergleichen können;
2. die Möglichkeiten der Digitalisierung der Fahrschulausbildung weiter auszuschöpfen, sofern dadurch Kosten gesenkt und Verwaltungsaufwand reduziert werden können, ohne die Qualität der Ausbildung zu beeinträchtigen;
3. der Einsatz von Simulatoren soll dort ermöglicht und unterstützt werden, wo er einen sinnvollen Beitrag zur Ausbildung leisten kann ohne die generelle fahrpraktische Erfahrung in erheblichem Umfang zu mindern;
4. eine stärkere Einbeziehung von Fahrpraxis unter Anleitung von Laien sowie eine Reduzierung verbindlicher Vorgaben für die Anzahl bestimmter Ausbildungsfahrten nur dann weiterzuverfolgen, wenn belastbar nachgewiesen werden kann, dass die damit erreichbaren Kosteneinsparungen

die möglichen Auswirkungen auf Ausbildungsqualität und Verkehrssicherheit deutlich überwiegen. Die Verkehrssicherheit muss dabei der maßgebliche Prüfstein für entsprechende Änderungen bleiben;

5. die weitere Reform der Fahrschulausbildung regelmäßig daraufhin zu überprüfen, ob die angestrebten Kostensenkungen tatsächlich bei den Führerscheinbewerberinnen und Führerscheinbewerbern ankommen und zugleich ein gleichbleibend hohes Niveau der Verkehrssicherheit gewährleistet bleibt.

Die Landesregierung wird darüber hinaus gebeten, dem Landtag ein Konzept zur Reduzierung von Verwaltungs- und Prüfungsgebühren für den Führerscheinwerb für Erstanmelderinnen und Erstanmelder vorzulegen.

Die Landesregierung wird ferner gebeten, dem Landtag über ihre Positionierung im weiteren Bundesratsverfahren und über die Auswirkungen der Reform auf die Kosten des Führerscheinerwerbs und die Verkehrssicherheit zu berichten.